

Mehr Abordnungen, keine Lösung: Gymnasiallehrkräfte am Limit!

INFORMATIONEN

Zum Schuljahr 2026/27 plant Sachsen mehr als 5.000 Abordnungen von Lehrkräften – nach rund 3.000 im Vorjahr. Besonders Gymnasien sollen erneut in erheblichem Umfang Personal an Oberschulen abgeben. Für den PVS ist das kein Zeichen einer Trendwende, sondern Ausdruck einer fehlenden nachhaltigen Personalpolitik: Der Lehrkräftemangel wird zwischen Schularten und Schulen verschoben, aber nicht strukturell beseitigt.

Die Folgen tragen Lehrkräfte, Schulen sowie Schülerinnen und Schüler. Abordnungen bedeuten zusätzliche Wege, höheren Organisationsaufwand und die Notwendigkeit, sich kurzfristig auf neue Kollegien, Lerngruppen und häufig auch andere schulische Anforderungen einzustellen. Gleichzeitig entstehen an den Stammschulen neue Lücken. Abordnungen schaffen keine einzige zusätzliche Lehrkraft und keine zusätzliche Unterrichtsstunde – sie verteilen lediglich die vorhandene Knappheit.

Besonders deutlich wird das im Vergleich mit Sachsen-Anhalt. Das deutlich kleinere Nachbarland stellte zum Schuljahresbeginn 1.223 Lehrkräfte ein und erzielte damit erstmals seit Jahren eine positive Personalbilanz. Sachsen gewann dagegen nur 905 Lehrkräfte; damit wurden deutlich weniger Lehrkräfte eingestellt als im Vorjahr. Von den 1.050 ausgeschriebenen Stellen blieben rund 145 unbesetzt.

Thomas Langer, Vorsitzender des PVS: „Der Vergleich mit Sachsen-Anhalt zeigt: Lehrkräftemangel ist nicht einfach Schicksal. Wo Personalgewinnung, Arbeitsbedingungen und Anreize konsequent gestaltet werden, sind andere Ergebnisse möglich. Sachsen braucht endlich eine nachhaltige Personalstrategie, die Lehrkräfte gewinnt, bindet und an den Schulen hält – statt den Mangel jedes Jahr neu zu verteilen.“

Sachsen-Anhalt setzt bei Abordnungen zudem auf finanzielle Zulagen. Sachsen erweitert dagegen die Abordnungspraxis, ohne die zusätzliche Belastung der betroffenen Lehrkräfte in vergleichbarer Weise auszugleichen. Gerade im Wettbewerb um qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber sind solche Arbeitsbedingungen ein entscheidender Standortfaktor.

Der PVS fordert deshalb ein Ende der bloßen Krisenverwaltung. Notwendig sind eine langfristige Personalplanung, verlässliche Arbeitsbedingungen, wirksame Anreize für Berufseinsteiger und erfahrene Lehrkräfte sowie Maßnahmen, die den Lehrerberuf dauerhaft attraktiver machen. Nur so lassen sich Unterrichtsqualität, Bildungsgerechtigkeit und eine verlässliche Versorgung an allen Schularten sichern.